

Der Euro – eine sehr knappe Einführung

Von Martin Höpner und Julian Müller, Februar 2017

Progressive Kräfte eint die Überzeugung, dass das friedliche und solidarische Miteinander der Europäerinnen und Europäer ein hohes Gut ist, und dass von der europäischen Integration demokratische und soziale Impulse ausgehen sollen. Das ist der Grundkonsens, von dem aus progressive Kräfte ihre Eurokritik entwickeln und der sie grundsätzlich von neoliberalen und nationalistischen Gegnern der europäischen Integration unterscheidet.

Die eingesetzten *Instrumente* der europäischen Integration jedoch dürfen nicht vor Prüfung und gegebenenfalls Kritik abgeschirmt werden. Sie verdienen nur dann die Unterstützung progressiver Kräfte, wenn sie tatsächlich dem friedlichen Miteinander und dem solidarischen Ausgleich in Europa dienen und mit sozialen sowie demokratischen Zielsetzungen kompatibel sind. Das gilt für den Euro ebenso wie beispielsweise für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik oder etwa das europäische Binnenmarktrecht. Testet man nun den im Jahr 1999 eingeführten und inzwischen einen Teilnehmerkreis von 19 EU-Ländern umfassenden Euro gegen diese Kriterien, kommt er nicht gut weg. Ganz im Gegenteil hat der Euro höchst unsoziale Wirkungen entfaltet, Unfrieden in Europa erzeugt und die Demokratie und die Tarifautonomie in einer Reihe von Ländern außer Kraft gesetzt.

Zur Erklärung dieses Scheiterns progressiver Hoffnungen verweisen viele Beobachterinnen und Beobachter auf die ungünstigen Kräfteverhältnisse, mit denen fortschrittliche Parteien und Bewegungen seit der Euro-Einführung konfrontiert waren. Zwar gab es diese ungünstigen Kräfteverhältnisse in der Tat, aber sie waren nicht ursächlich für die desaströse Bilanz des Euro. Der Euro ist keine gesellschaftspolitisch neutrale Arena, die sich je nach Kräfteverhältnissen mit progressiven, konservativen oder neoliberalen Inhalten aufladen lässt. Der Euro ist nicht nur „Geld“, also Kontostände und Banknoten, sondern ein Regelsystem, das, auf das politökonomisch heterogene Europa angewendet, systematisch Ergebnisse hervorbringt, die die Solidarität zwischen den Europäerinnen und Europäern untergraben. Mehr noch, der Verweis auf die ungünstigen Kräfteverhältnisse verwechselt Ursachen mit Wirkungen, hatte der Euro selbst doch einen erheblichen Anteil an der politischen Schwächung des Faktors Arbeit, der seit der Jahrtausendwende in der Eurozone vorstättengeht. Wer die Politische Ökonomie des Euro erfassen will, muss sich allerdings zunächst dem Vorgänger des Euro, dem Europäischen Währungssystem (EWS), zuwenden.

Die europäische Währungsintegration vor dem Euro

Die 1999 offiziell eingeführte Gemeinschaftswährung Euro war nicht Auftakt, sondern vorläufiger Endpunkt einer zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft (dem Vorläufer der Europäischen Union) stattfindenden Zusammenarbeit in Währungsfragen. Diese begann Anfang der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts mit dem *Europäischen Wechselkursverbund* (auch als *Währungsschlange* bekannt), dem kein Erfolg beschieden war und der 1979 durch das *Europäische Währungssystem* (EWS) abgelöst wurde. Der Euro lässt sich als Ergebnis der Unzufriedenheit mit dem EWS verstehen.

Das EWS, dem zunächst acht Länder angehörten, zielte darauf ab, die Wechselkursschwankungen zwischen den Teilnehmerländern innerhalb vorab festgelegter Bandbreiten zu halten, um dadurch die Risiken, die für den grenzüberschreitenden Handel bei freien Wechselkursen entstehen können, zu minimieren. Hierzu wurden Richtwerte für die bilateralen Wechselkurse festgelegt, um die die nominalen Wechselkurse innerhalb bestimmter Bandbreiten schwanken durften. Die Bandbreiten betragen im Normalfall $\pm 2,25\%$, in einigen Fällen aber auch 6% und nach der EWS-Krise von 1992/93 $\pm 15\%$. Näherten sich die Wechselkurse den Grenzen der Bandbreiten nach oben oder unten an, setzten obligatorische Zentralbankinterventionen ein, d.h. die Notenbanken waren verpflichtet, die innerhalb der Bandbreite aufgewertete Währung auf dem Devisenmarkt zu verkaufen und die abgewertete Währung zu kaufen. Darüber hinaus sah das EWS die Möglichkeit der politisch ausgehandelten Neufestlegung der Leitkurse vor, wenn sich die realen Wechselkurse der beteiligten Länder angesichts heterogener Inflationsdynamiken auseinanderentwickelt hatten. Von der Möglichkeit solcher über die Bandbreiten hinausgehender Auf- und Abwertungen machten die EWS-Mitglieder häufig Gebrauch: Insgesamt fanden im EWS 63 verhandelte Auf- und Abwertungen statt.

Das EWS war als ein symmetrisches System gedacht. Ein offizielles Leitwährungsland gab es nicht. Sowohl die Zentralbanken der Länder mit starken als auch die mit schwachen Ländern mussten intervenieren, und im Zuge der Neuverhandlungen der Paritäten wurden sowohl Auf- als auch Abwertungen vereinbart. In der Praxis allerdings konnte das EWS das Symmetrieversprechen nicht einlösen, aus mehreren Gründen. Erstens, während von Aufwertung bedrohte Länder mit eigener Währung intervenieren können, mussten sich die Zentralbanken der von Abwertung bedrohten Länder stets Fremdwährung beschaffen. Bereits hiervon ging Druck zur Anpassung der Wirtschaftspolitik an den inflationsstabilen „DM-Block“ aus. Zweitens behielt sich die Deutsche Bundesbank vor, ihre Interventionen einzustellen, wenn sie das Ziel der Preisstabilität gefährdet sah. Allein diese Möglichkeit erwies sich als eine Sollbruchstelle des EWS, die von den Finanzmärkten getestet werden konnte. Drittens waren die Verhandlungen über die Neufestlegungen der Paritäten nur auf dem Papier Aushandlungen unter Gleichen. Länder, die in Unterbewertungskonstellationen verharren, können mit dieser Positionierung besser leben als Länder in Überbewertungskonstellationen. Auch daher waren Anpassungen an die Wirtschaftspolitik der inflationsstabilsten EWS-Teilnehmer stets leichter durchzusetzen als Anpassungen an Länder mit stark expansiver Wirtschaftspolitik.

Der Euro und seine Folgen

Vor diesem Hintergrund ist verständlich, warum nach der deutschen Wiedervereinigung die Versuchung gerade bei den EWS-Teilnehmern außerhalb des „DM-Blocks“ groß war, die Gelegenheit beim Schopf zu ergreifen und mit dem Euro ein Währungsregime zu errichten, das seine Teilnehmer sowohl von Devisenmarktinterventionen als auch Abwertungszwängen zu befreien schien. Heute wissen wir, dass die Hoffnungen, durch die Errichtung einer gemeinsamen Währung auf mehr Symmetrie hinzuwirken, sich nicht erfüllt haben. Ganz im Gegenteil hat der Euro die innereuropäischen Asymmetrien nicht beseitigt, sondern Deutschland in einem Ausmaß zu einem europäischen Hegemon aufsteigen lassen, das den EWS-Teilnehmern unvorstellbar erscheinen musste.

Die Diskussion um die gemeinsame Währung kulminierte 1992 im Vertrag von Maastricht, der die Einführung des Euro zum 1. Januar 1999 vorsah. Die Teilnahme wurde an wirtschafts- und haushaltspolitische Bedingungen, die sogenannten Konvergenzkriterien geknüpft. Aus heutiger Sicht besonders wichtig sind die haushaltspolitischen Vorgaben, nämlich dass die jährliche staatliche Neuverschuldung 3% des Bruttoinlandsprodukts und der Gesamtschuldenstand 60% des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen durften. Diese Kriterien wurden im Stabilitäts- und Wachstumspakt, der 1998 in Kraft trat, auf Dauer festgeschrieben und inzwischen durch den Fiskalpakt sowie die europäischen makroökonomischen Überwachungs- und Korrekturverfahren weiter gehart.

Am 1. Januar 1999 wurde der Euro schließlich eingeführt, zunächst nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr, ab 2002 aber auch als Bargeld. Emittiert wird er von der politisch nicht weisungsgebundenen Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main. Die nationalen Zentralbanken der aktuell neunzehn teilnehmenden Länder sind nicht verschwunden, sondern sind stimmberechtigte Mitglieder im sogenannten Eurosystem. Das geldpolitische Hauptziel der EZB ist die Wahrung der Preisstabilität, wobei konkret eine Inflationsrate von knapp unter 2% angepeilt wird. Hiermit unterscheidet sie sich etwa von der US-amerikanischen Zentralbank, zu deren Zielen auch das Beschäftigungswachstum gehört. Von Anfang an war den Teilnehmern des Euro klar, dass sie noch kein Maß an Inflationskonvergenz hergestellt hatten, das die unwiderrufliche Fixierung der Wechselkurse rechtfertigte. Man nahm aber an, dass die vom Euro ausgehenden Politikzwange das erforderliche Maß an Konvergenz kurz- bis mittelfristig herstellen würde.

Die Effekte des Euro lassen sich wie folgt auf den Punkt bringen: Die gemeinsame Währung öffnet eine Schere zwischen erhöhten Bedarfen an makroökonomischer Anpassung einerseits und mangelnder Verfügbarkeit der hierfür notwendigen Instrumente andererseits. Der Euro vergrößert den Bedarf an makroökonomischer Anpassung, weil die EZB gezwungen wird, mit einer einheitlichen Zinspolitik auf unterschiedliche Konjunkturverläufe zu antworten. Solchen dysfunktionalen Impulsen müsste eigentlich mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegengesteuert werden. Aber der Euro hat seinen Teilnehmern drei der vier hierfür normalerweise zur Verfügung stehenden Instrumente aus der Hand geschlagen: die Zinspolitik, die Wechselkurspolitik und auch die Haushaltspolitik.

Die makroökonomischen Anpassungslasten verbleiben daher bei der Lohnpolitik und den Politikfeldern, die die Lohnpolitik mittelbar beeinflussen, was vor allem für die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gilt. Wo sich die realen Wechselkurse in Richtung hartnäckiger Überbewertungen verschoben haben, eine externe Abwertung durch Anpassung der Wechselkurse aber unmöglich ist, werden Sozialabbau, Arbeitsmarktliberalisierung und Lohnsenkungen eingefordert, um „interne Abwertungen“ zu erreichen. Weil aber keine Gewerkschaft dieser Welt freiwillig Lohnsenkungen betreibt und Regierungen abgewählt werden, die Lohn-, Sozial- und Rentenkürzungen betreiben, hat die aus EZB, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds zusammengesetzte Troika während der Eurokrise die Tarifautonomie und Demokratie in den Krisenländern praktisch außer Kraft gesetzt – während sich die Länder des ehemaligen „DM-Blocks“ mit Deutschland an der Spitze über ihre Exportüberschüsse freuen und ihre Mitverantwortung an der Entstehung der Krise ignorieren.

An diesem Punkt lohnt es, auf die Hoffnungen zurückzublicken, der Euro werde die im EWS zu beklagenden Asymmetrien beseitigen. Wie sich zeigt, hat der Verzicht auf Wechselkursanpassungen die in den europäischen Währungsbeziehungen schon vor dem Euro angelegten Asymmetrien *radikalisiert*, statt sie zu minimieren. Im Euro verbleiben die Anpassungskosten gänzlich bei den Ländern in Überbewertungskonstellation. Galt es im EWS, die Wechselkurse in den vereinbarten Bandbreiten zu halten, intervenierte auch Deutschland zu Gunsten schwacher Währungen, auch wenn das Verletzungen der von der Bundesbank gesetzten Geldmengenziele nach sich zog. Vor allem aber waren die Lasten der Entzerrung verzerrter Wechselkurse im EWS gleichmäßiger über die beteiligten Länder verteilt. Immerhin acht nominale Aufwertungen außerhalb der Bandbreiten musste Deutschland zwischen 1979 und 1998 hinnehmen, während es sich im Euro mit der Aufrechterhaltung von realem Abwertungsdruck auf die Südländer begnügt.

In genau dieser Situation befinden wir uns heute. Ist das alles nur eine Durststrecke, die durchschritten ist, sobald die „interne Abwertung“ im Süden erreicht ist? Hiervon kann im neunten Jahr der Eurokrise keine Rede mehr sein. Die „interne Abwertung“ – der einzige verbleibende Weg, wenn sich die Nordländer wie bisher weigern, durch inflationsfreundlichere Wirtschaftspolitik bei sich zu Hause den Süden von einem Teil der Anpassungslast zu befreien – funktioniert nicht. Fortschritte bei der Behebung der Wechselkursverzerrungen gibt es bisher kaum – ein Problem, von dem nicht nur die eigentlichen Krisenländer betroffen sind, die unter die europäischen Rettungsschirme schlüpfen mussten, sondern auch Italien und, in geringerem Umfang, Frankreich. Den Krisenländern haben die von Troika, europäischen Institutionen und IWF aufgezwungenen Anpassungsprogramme zerstörte Binnennachfragen beschert, ein kaputtes Arbeitsrecht, die Zerstörung von Demokratie und Demokratievertrauen, soziale Notstände und *brain drain* in kaum noch rückholbarem Umfang. Dieses zynische Experiment muss endlich abgebrochen werden.

Alternativen zum Euro

Mit dem Experiment der Anpassung unter Beibehaltung fester Wechselkurse ist auch der Euro als solcher gescheitert. Der Euro hat die Wechselkurse nicht stabilisiert, sondern auf Grundlage einer rein *nominalen* Wechselkursstabilität reale Wechselkursverzerrungen und Leistungsbilanzungleichgewichte von einer Schwere erzeugt, die vorher unvorstellbar war. Der Euro hat den Faktor Arbeit politisch geschwächt und wirtschaftlich, sozial und im Hinblick auf die Demokratie derart desaströs gewirkt, dass er es unserer Überzeugung nach nicht mehr wert ist, von progressiven Kräften verteidigt zu werden. Die eurokritischen Kräfte, die diese Überzeugung teilen und die sich regelmäßig auf den Tagungen der internationalen „Plan B“-Bewegung austauschen, favorisieren unterschiedliche Alternativmodelle. Manche wollen einen Euro-Kern mit stark konvergenten Teilnehmern belassen, andere wollen ihn gänzlich auflösen. In manchen Modellen bleibt der Euro als Parallelwährung bestehen, in anderen verschwindet er gänzlich oder verbleibt lediglich als Verrechnungseinheit nach dem Vorbild des ECU im Europäischen Währungssystem.

Die Modelle haben aber auch Gemeinsamkeiten. Erstens besteht Einigkeit darin, dass es der Möglichkeit von nominalen Auf- und Abwertungen bedarf. Zweitens zielen alle Alternativkonzepte darauf ab, den beteiligten Ländern die Souveränität über ihre Währung und ihre Zinsen zurückzugeben. Drittens, niemand

will auf progressiver Seite gänzlich flexible Wechselkurse. Ganz im Gegenteil fordern progressive Euro-Kritiker die Errichtung einer Zone der europäischen Wechselkurskooperation, in die aus dem Euro austretende Länder aufgenommen werden können und die auch über die heutige Eurokrise hinauswachsen könnte. Trotz der Unterschiede zwischen den einzelnen Reformvorstellungen, der frühen Phase des internationalen Austauschs hierüber und der Notwendigkeit weiterer Diskussionen steht fest: eine Währungs- und Wechselkursordnung, die die genannten Kriterien erfüllt, wäre dem Euro vorzuziehen.

Weite Teile des progressiven Spektrums halten bis heute am Euro fest, weil sie ihn für einen herausragenden Teil der europäischen Integration halten. Tatsächlich aber *ist* der Euro nicht die europäische Integration, sondern sollte *ein Instrument* ihrer demokratischen und solidarischen Weiterentwicklung sein.

Heute gilt es anzuerkennen, dass der Euro der europäischen Integration nicht nur die schwersten Schäden seit Aushandlung der Römischen Verträge vor 60 Jahren zugefügt hat, sondern auch mit drastischen sozialen Verwerfungen verbunden ist. Entwickeln wir also die Alternativen und streiten für sie!